



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge



Entscheiderbrief

Informationsschnelldienst

04/2021

Das BAMF

Inhaltsverzeichnis

Verfahren

Anspruch eines Familienangehörigen auf abgeleiteten Familienschutz bei einem inzwischen volljährigen Stambberechtigten	4
Informationen zum Personenstandswesen in Eritrea	5
Gerichtsstatistik 2020	6

Aus der Rechtsprechung

Afghanistan: Divergierende Entscheidungen beim Abschiebungsschutz wegen COVID-19-Pandemie	6
Folgeanträge von syrischen Wehrdienstverweigerern: keine Änderung der Sach- und Rechtslage durch EuGH-Entscheidung	8
VG Bremen: Flüchtlingsschutz bei ehemaliger FLEC-Mitgliedschaft in Angola	9

Blick zum Nachbarn

EU-Partnerbehörde: Zypern – Im Fokus neuer Migrationsströme	10
---	----

Was sonst? Literatur

Neuerwerbungen der Bibliothek	11
-------------------------------	----

Impressum	12
-----------	----



Anspruch eines Familienangehörigen auf abgeleiteten Familienschutz bei einem inzwischen volljährigen Stamberechtigten

Das vom 1. Senat des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) gestellte Vorabentscheidungsersuchen betrifft die Auslegung des Art. 2 Buchst. j RL 2011/95/EU (sogenannte „Qualifikationsrichtlinie“). Das BVerwG wirft Fragen im Hinblick auf die Zeitpunkte auf, die für Anträge auf Familienzusammenführung maßgebend sind, die sich aus der Zuerkennung internationalen Schutzes zugunsten anderer Familienangehöriger ergeben.

Betroffen ist der Fall eines Antragstellers, der vor Eintritt der Volljährigkeit seines Kindes in den Aufnahme-mitgliedstaat des schutzberechtigten Kindes eingereist ist und dort ebenfalls einen Antrag auf internationalen Schutz gestellt hat. Das Kind war im Herkunftsstaat Teil der Familie, es hatte den Schutzantrag als Minderjähriger gestellt und ihm wurde nach Eintritt der Volljährigkeit der subsidiäre Schutzstatus zuerkannt. Ist bei einer nationalen Regelung, die für die Gewährung eines vom Schutzberechtigten abgeleiteten Anspruchs auf Zuerkennung subsidiären Schutzes Bezug auf Art. 2 Buchst. j RL 2011/95/EU nimmt, für die Frage, ob der Schutzberechtigte „minderjährig“ im Sinne des Art. 2 Buchst. j Spiegelstrich 3 RL 2011/95/EU ist, auf den Zeitpunkt der Entscheidung über den Asylantrag des Antragstellers oder aber auf einen früheren Zeitpunkt abzustellen?¹

Als in Frage kommende frühere Zeitpunkte wurden dabei vom BVerwG der Zeitpunkt des dem Schutzberechtigten zuerkannten subsidiären Schutzstatus, der Zeitpunkt der Asylantragstellung des Antragstellers, der Zeitpunkt seiner Einreise in den Aufnahmemitgliedstaat sowie der Zeitpunkt der Asylantragstellung des Schutzberechtigten genannt (erste Vorlagefrage).

Abhängig vom Zeitpunkt der Asylantragstellung stellt sich für das BVerwG die weitere Frage, ob auf den Zeitpunkt des Bekanntwerdens eines Schutzersuchens (Asylgesuch) oder aber auf den Zeitpunkt des förmlich gestellten Antrages auf internationalen Schutz abzustellen ist. Sollte auf den Einreisezeitpunkt des Antragstellers oder die Zeit seiner Asylantragstellung abzustellen sein, wurde die sich daran anschließende Frage aufgeworfen, ob es entscheidungserheblich darauf ankommt, dass zu diesem Zeitpunkt über den Schutzantrag des zu einem späteren Zeitpunkt als subsidiär schutzberechtigt anerkannt Schutzberechtigten noch nicht entschieden war (zweite Vorlagefrage).

Von Interesse ist im anhängigen Revisionsverfahren beim BVerwG ebenfalls, welche Anforderungen zu stellen sind, damit es sich beim Antragsteller um einen „Familienangehörigen“ im Sinne des Art. 2 Buchst. j RL 2011/95/EU handelt (dritte Vorlagefrage).

Mit seiner vierten Vorlagefrage ersucht das BVerwG um Klarstellung, zu welchem Zeitpunkt eine solche Familienangehörigkeit im Sinne der unionsrechtlichen Regelung gegebenenfalls endet, ob sie unbegrenzt fort dauert, nach einer bestimmten Frist oder dem Eintritt etwaiger Ereignisse entfällt, beziehungsweise eine Wiederaufnahme des Familienlebens zu erfolgen habe.

Dem Ausgangsfall lag die Konstellation zugrunde, dass der antragstellende Vater zwar vor dem 18. Geburtstag seines schutzberechtigten Sohnes formlos um internationalen Schutz gebeten, den formellen Asylantrag aber erst einen Tag nach dessen 18. Geburtstag gestellt hatte. Während nach der vorinstanzlichen Entscheidung für die Frage der Minderjährigkeit des Schutzberechtigten der Zeitpunkt des Asylgesuchs des Vaters entscheidend war, hat das Bundesamt die Auffassung vertreten, gemäß § 77 Abs. 1 AsylG sei grundsätzlich immer der Zeitpunkt der mündlichen Verhandlung maßgebend. Etwas Anderes gelte nur dann, wenn der Gesetzgeber in einer Norm – wie etwa in § 26 Abs. 2 AsylG – eine andere Regelung getroffen habe.

Seit dem 25. März 2021 liegen im Vorabentscheidungsersuchen beim EuGH (C - 768/19) nunmehr die Schlussanträge des Generalanwalts vor.

Dieser hat dem EuGH vorgeschlagen, auf die Vorlagefragen eins und zwei des BVerwG als maßgeblichen Zeitpunkt für die Beurteilung der Minderjährigkeit des Schutzberechtigten auf den Zeitpunkt der Asylantragstellung des Elternteils auf Gewährung internationalen Schutzes abzustellen. Da der Antrag selbst keine Verwaltungsformalitäten erfordere, sei in Auslegung von Art. 6 der Richtlinie 2013/32 dabei nicht auf den formellen Antrag auf internationalen Schutz des Elternteils als maßgeblichem Zeitpunkt, sondern auf den früheren Zeitpunkt, zu dem das Elternteil formlos um internationalen Schutz nachgesucht habe, abzustellen. Zur Vorlagefrage drei wird vom Generalanwalt ausgeführt, der Begriff des „Familienangehörigen“ im Sinne des Art. 2 Buchst. j RL 2011/95/EU erfordere im Hinblick auf den antragstellenden Vater des Schutzberechtigten nicht die Wiederaufnahme des Familienlebens im Sinne des Art. 7 der Charta der Grundrechte zwischen den betroffenen Familienmitgliedern.

Zur Vorlagefrage vier bezieht der Generalanwalt dahingehend Stellung, dass die Rechte der Familienangehörigen gemäß Art. 2 Buchst. j RL 2011/95/EU nicht unbefristet fortbestehen. Der Anspruch der Familienangehörigen auf die in Art. 24 bis 35 dieser Richtlinie genannten Leistungen bestünde nach Eintritt der Volljährigkeit der subsidiär schutzberechtigten Person

¹ Vgl. BVerwG, B. v. 15.08.2019 - 1 C 32.18

für die Dauer der Gültigkeit des ihnen nach Art. 24 Abs. 2 RL 2011/95/EU ausgestellten Aufenthaltstitels fort. Insoweit sehe Art. 24 Abs. 2 RL 2011/95/EU vor, dass die Mitgliedstaaten Personen, denen der subsidiäre Schutzstatus zuerkannt worden ist, sowie deren Familienangehörigen, einen verlängerbaren Aufenthaltstitel ausstellen, der mindestens ein Jahr und im Fall der Verlängerung mindestens zwei Jahre gültig sein muss, es sei denn, zwingende Gründe der nationalen Sicherheit oder der öffentlichen Ordnung stehen dem entgegen.

Der Generalanwalt stellt in seinem Schlussantrag damit auf die Dauer der Gültigkeit des ausgestellten Aufenthaltstitels ab. Vor dem Hintergrund dieser Ausführungen dürfte der Beantwortung der vierten Vorlagefrage des BVerwG für die Entscheidungspraxis des Bundesamtes Bedeutung zukommen. Folgt der EuGH der Position des Generalanwalts dahingehend, dass der Familienschutz nach Eintritt der Volljährigkeit eines Stambberechtigten unionsrechtlich nicht unbefristet fortbestehen muss, hat dies gegebenenfalls Auswirkungen auf die Einleitung von Widerrufsverfahren im Fall subsidiär familienschutzberechtigter Personen, zumal wenn diese sich nicht auf eigene Schutzgründe berufen können.

Inwieweit sich der EuGH die Argumentation des Generalanwalts zur Beantwortung der Vorlagefragen im vorliegenden Vorabentscheidungsersuchen zu eigen macht, bleibt abzuwarten.

Andreas Dihlmann, 61E

Informationen zum Personenstandswesen in Eritrea

Personenstandsfälle werden nach hiesigen Erkenntnissen in Eritrea bei der niedrigsten lokalen Verwaltung (Memmehedar Kebabi) gemeldet und auch in das Familienregister (Kubon und Kard Sdra) eingetragen. Das Kubon-Dokument erfasst hierbei alle Angehörigen eines Hausstandes und wird auf den Namen des „Familienoberhauptes“ ausgestellt, die Familienkarte (Kard Sdra) umfasst alle übrigen Haushaltsangehörigen. Dieses Dokument wird allerdings nur für in Eritrea lebende Staatsbürger ausgestellt. Voraussetzungen für die Eintragung von Personenstandsfällen sind die persönliche Vorlage des Geburtsnachweises, gegebenenfalls des dazugehörigen Impfausweises (Mezgeb Ketabet) oder auch in Einzelfällen die Entsendung eines Vertreters. Die Memmehedar Kebabi leiten dann die Informationen an das jeweilige Registerbüro beziehungsweise Zivilstandsamt (Public Registration Office, Civil Status Office) der Stadt/ Gemeinde in der betreffenden Sub-Zoba weiter, welches für die Ausstellung der offiziellen Personenstandsurkunde zuständig ist. Hierbei ist zu beachten, dass Eritrea in sechs Regionen

(Zobas) – Maekel, Debub, Gash Barka, Anseba, Semienawi Keyih Bahri und Debubawi Keyih Bahri – und 56 Sub-Zobas – untergliedert ist. In Eritrea gibt es kein zentrales Melderegister, allerdings gibt es in jeder der sechs Zoba eine digitale Personendatenbank, die von der Zoba-Verwaltung in eigener Verantwortung betrieben wird. Da die Urkunden kein einheitliches Format aufweisen, muss eine Überbeglaubigung durch das eritreische Außenministerium erfolgen.

Rechtliche Änderungen zum Nachweis des Personenstandes gab es durch die Aufhebung von Regelungen des äthiopischen Zivilgesetzbuches (auch in Eritrea gültig), welche durch Vorschriften des Zivilkodex der eritreischen Volksbefreiungsfront (EPLF) ersetzt wurden. Maßgeblich ist immer noch das Übergangs-Zivilgesetzbuch von 1991. 2015 veröffentlichte Eritrea zwar ein neues Zivilgesetzbuch, das sich ebenfalls wesentlich an das äthiopische Zivilgesetzbuch von 1960 anlehnt. Das neue Zivilgesetzbuch wurde jedoch nie im offiziellen Amtsblatt verkündet und ist nicht oder nur sehr eingeschränkt in Kraft getreten.

Im Ausland lebende Eritreer können auch Dritte für die Beschaffung von Personenstandsurkunden und Registrierungen bevollmächtigen, hierfür muss jedoch die Vollmacht durch eine eritreische Auslandsvertretung beglaubigt werden. Dabei ist die Entrichtung einer „Aufbausteuern“ und gegebenenfalls die Unterzeichnung der „Immigration and Citizenship Services Request Form“ (sogenannte Reueerklärung) nötig. Die Aufbausteuern entfällt nur bei der Beantragung der Geburtsurkunde. Die erhaltene Personenstandsurkunde muss zur Verwendung im Ausland nochmals vom eritreischen Außenministerium überbeglaubigt werden. Allerdings entfällt aktuell die Überprüfung der Echtheit der Urkunden durch die Deutsche Botschaft in Asmara sowie die Beschaffung und Überbeglaubigung eritreischer Personenstandsurkunden aufgrund der Covid-19 Pandemie und ihrer Auswirkungen. Die Beschaffung von eritreischen Personenstandsurkunden aus dem Ausland ist grundsätzlich möglich und zumutbar, auch wenn die Ausreise zuvor illegal erfolgte. Es liegen keine Kenntnisse über konkrete Repressalien gegen mit der Beschaffung von Personenstandsurkunden beauftragte Personen oder andere Angehörige vor. Weitere wichtige Dokumente sind der Residenz-/ Aufenthaltsnachweis (auch: Einwohnerkarte Nay Nebarinet) mit eigener Aufenthaltsnummer, die eritreische ID Card (Wereqet Menenet; umgangssprachlich auch Tasera), die inländische Reisegenehmigung für Soldaten (Menkesakesi) und der Militärdienstausweis (Mskr Wtehderna) beziehungsweise auch die Demobilisierungskarte bzw. Entlassungspapiere aus dem Militärdienst (Metayesi). Hintergrund ist die benötigte Reisegenehmigung für Personen, die im Nationaldienst sind beziehungsweise altersmäßig Nationaldienst leisten könnten.

Anastasia Berger, 62E

Gerichtsstatistik 2020

Asylverfahren: Corona-Pandemie wirkt sich auch auf Gerichtsentscheidungen aus

Der Anteil der Asylbescheide des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), der von den Verwaltungsgerichten nach einer Klage aufgehoben wurde, betrug im Jahr 2020 16,6 Prozent und ist damit im Vergleich zum Vorjahr (14,5 Prozent) leicht gestiegen. Die aktuellen pandemiebedingten Beeinträchtigungen, die sich auch in den Herkunftsländern der Antragstellenden zeigen, haben die Einschätzungen der Verwaltungsrichterinnen und -richter beeinflusst und beispielsweise dazu geführt, dass für Schutzsuchende durch die Gerichte nachträglich Abschiebungsverbote festgestellt wurden. Vorrangig betrifft dies mit 40 Prozent der positiven verwaltungsgerichtlichen Entscheidungen das Herkunftsland Afghanistan. Trotz dieser Entwicklung liegt die Quote weiter unter dem Niveau der Jahre 2017 und 2018. Im Jahr 2020 wurden mehr als 37,2 Prozent der Entscheidungen des BAMF über Asylanträge von den Gerichten bestätigt.

Ursächlich für anderslautende Entscheidungen der Verwaltungsgerichte können etwa geänderte persönliche oder sonstige sachliche Umstände sein, die sich während des Gerichtsverfahrens unter anderem deshalb ergeben haben, weil zwischen behördlicher und gerichtlicher Entscheidung ein längerer Zeitraum gelegen hat. Die beklagte Entscheidung des BAMF lag zum Zeitpunkt der Gerichtsentscheidung oftmals bereits mehrere Monate, teilweise aber auch einige Jahre, zurück. Daher kann die Beurteilung der Gerichte durch zwischenzeitliche Veränderungen, die das BAMF bei seiner Entscheidung nicht berücksichtigen konnte – wie beispielsweise die Geburt von Kindern, aber auch Auswirkungen der Corona-Pandemie – zwangsläufig anders ausfallen als der ursprüngliche Bescheid des BAMF. Dies wirkt sich bei der gerichtlichen Entscheidung häufig zu Gunsten der Klägerinnen und Kläger aus.

Hoher Anteil Klagen von afghanischen Schutzsuchenden

Auf Schutzsuchende aus Afghanistan entfiel die Hälfte aller nachträglich gerichtlich zuerkannten Abschiebungsverbote. Diese machen damit mehr als 75 Prozent der Gerichtsentscheidungen aus, die zugunsten von Klägerinnen und Klägern aus Afghanistan getroffen wurden. Hier zeigten sich vor allem Unterschiede bei der Einschätzung der Glaubhaftmachung im Einzelfall, insbesondere zu der Frage, ob Schutzsuchenden im Falle einer Rückkehr ein unterstützendes Umfeld zur Verfügung steht. Auch die pandemiebedingten Beschränkungen in den Herkunftsländern, die sich auf den Einzelfall auswirken können, haben bei der Einschätzung der Gerichte eine Rolle gespielt, insbesondere bei der Frage nach inländischen Fluchalternativen.

Insgesamt bleibt der Fortgang der derzeit uneinheitlichen Rechtsprechungspraxis in Bezug auf die Bewertung der Auswirkungen der Covid-19-Pandemie abzuwarten.

46,2 Prozent der Entscheidungen der Gerichte entfielen auf so genannte „sonstige Verfahrenserledigungen“. Hierunter sind Einstellungsbeschlüsse nach Klagerücknahme, wegen Nichtbetreibens des Verfahrens oder nach Abhilfeentscheidungen mit gleichzeitiger Klaglosstellung durch das BAMF zu fassen. In rund 95 Prozent dieser Fälle wurde keine Schutzgewährung festgestellt.

Ablehnende Bescheide:

Drei von vier Bescheiden werden beklagt

Die absolute Zahl der Klagen gegen Bescheide des BAMF korreliert mit der Zahl der Entscheidungen des BAMF und ist somit wie diese im Jahr 2020 rückläufig. Prozentual bewegt sich die Klagequote auf dem Niveau der beiden Vorjahre: Gut jeder zweite Asylbescheid wird beklagt, bei ablehnenden Entscheidungen sind es drei von vier Bescheiden. Diese Entwicklung ist vor allem auf die, im Vergleich zu früheren Jahren geringere Schutzquote zurückzuführen, denn je häufiger Entscheidungen des BAMF negativ ausfallen, desto häufiger werden sie beklagt. Rückschlüsse auf die Qualität der Asyl-Entscheidungen des BAMF lassen sich aus der Zunahme der Klagequote ausdrücklich nicht herleiten.

Referat LS2

Afghanistan: Divergierende Entscheidungen beim Abschiebungsschutz wegen COVID-19-Pandemie

Mit Urteil vom 17. Dezember 2020 (A 11 S 2042/20) hatte der Verwaltungsgerichtshof (VGH) Baden-Württemberg seine bisherige Rechtsprechung geändert und mit Blick auf die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie hinsichtlich Afghanistan einen generellen Anspruch auf ausländerrechtlichen Abschiebungsschutz bejaht.² Mit dieser Sicht setzt sich das Verwaltungsgericht (VG) Freiburg in seinem Urteil vom 05. März 2021 (A 8 K 3716/17) kritisch auseinander und kommt dabei zu anderen Schlussfolgerungen als der VGH Baden-Württemberg.

In tatsächlicher Hinsicht macht sich das VG Freiburg die Feststellungen des VGH Baden-Württemberg zu den wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie in Afghanistan im Wesentlichen durchaus zu eigen.³

² Vgl. Entscheiderbrief 2/21, S. 4.

³ VG Freiburg, Urteil vom 05.03.2021, A 8 K 3716/17, Rd.Nrn. 47 bis 56.

Im rechtlichen Ansatz sieht das Verwaltungsgericht allerdings den maßgeblichen Unterschied im Erfordernis der „konkreten“ Gefährdung. Unter Bezug auf die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) wie des Bundesverwaltungsgerichts belegt es die Rechtsauffassung, dass die zur Prüfung eines Abschiebungsverbots nach § 60 Abs. 5 AufenthG in Verbindung mit Art. 3 EMRK wegen schlechter humanitärer Verhältnisse im Herkunftsstaat anzustellende Rückkehrprognose hinsichtlich einer hinreichend konkreten Gefahr erfordere, dass sich deren drohender Eintritt „schnell“ beziehungsweise „alsbald nach der Rückkehr“ realisiere.⁴

Nach diesen Maßgaben sieht das VG Freiburg in zeitlicher Hinsicht den notwendigen Zusammenhang einer im Sinne der § 60 Abs. 5 AufenthG in Verbindung mit Art. 3 EMRK wegen schlechter humanitärer Verhältnisse im Herkunftsstaat relevanten Gefahrenlage jedenfalls dann nicht mehr als gegeben an, wenn nicht beachtlich wahrscheinlich ist, dass sich der Ausländer binnen eines Jahres nach der Rückkehr „unabhängig von seinem Willen und seinen persönlichen Entscheidungen in einer Situation extremer materieller Not befinden wird, die es ihm nicht erlaubt, seine elementarsten Bedürfnisse zu befriedigen, und die seine physische oder psychische Gesundheit beeinträchtigt oder ihn in einen Zustand der Verelendung versetzt, der mit der Menschenwürde unvereinbar ist“ und es zudem möglich erscheint, dass der Ausländer auch darüber hinaus ein Leben am Rande des Existenzminimums wird führen können.

Eine erst in zeitlicher Ferne eintretende gravierende und mit der menschlichen Würde unvereinbare Mangelsituation lasse sich regelhaft nicht mehr in objektiv zurechenbarer Weise auf die Abschiebung zurückführen, mag diese auch eine (erste) Ursache für den mit Art. 3 EMRK unvereinbaren Zustand gesetzt haben.

Zutreffend verweist das VG Freiburg darauf, dass Art. 3 EMRK mit der Anknüpfung an die Abschiebung des Ausländers einen Zurechnungszusammenhang zwischen dem Vertragsstaat vorwerfbaren Verhalten und dem Verletzungserfolg verlangt. Voraussetzung für die Zurechnung der „Auslandsfolge“ zur deutschen Staatsgewalt sei die objektive Vorhersehbarkeit der Auslandsfolge. Insoweit reiche es nicht aus, dass die erzwungene Rückkehr eine Ursache setze, die sich nicht hinwegdenken lasse, ohne dass der Erfolg entfallende. Erforderlich sei die objektive Zurechenbarkeit des Erfolgs.

Die Abschiebung müsse, ohne dass weitere Ursachen bestimmend würden, den Verletzungserfolg entscheidend bedingen. Das erfordere neben qualitativen Elementen eine zeitliche Nähe zwischen dem Art. 3

⁴ VG Freiburg, a.a.O., Rd.Nrn. 50 ff. sowie vgl. EGMR, Urteil vom 13.12.2016 - 41738/10 [Paposhvili v. Belgium] - <Rn. 183> und BVerwG, Urteil vom 25.11.1997 - 9 C 58.96 = BVerwGE 105, 383; Urteil vom 17.10.2006 - 1 C 18.05 = BVerwGE 127, 33

EMRK widersprechenden Verhalten und dem Erfolg. Indem der EGMR mit dem Adjektiv „schnell“ darauf hinweise, dass in zeitlicher Ferne liegende Folgen nicht hinreichend seien, trage er dem Zurechnungserfordernis Rechnung.

Trotz der gravierenden Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Afghanistan infolge der COVID-19-Pandemie könne danach für den Rückkehrfall bei einem leistungsfähigen, erwachsenen Mann ohne Unterhaltsverpflichtungen nicht regelmäßig davon ausgegangen werden, dass die hohen Anforderungen eines Abschiebungsverbots nach § 60 Abs. 5 AufenthG erfüllt seien, wenn in seiner Person keine besonderen begünstigenden Umstände vorliegen. Angesichts der bestehenden Rückkehrhilfen sei es nicht beachtlich wahrscheinlich, dass der Gruppe der alleinstehenden, erwachsenen, gesunden Männer ohne Unterhaltspflichten „alsbald“ beziehungsweise „schnell“ nach der Rückkehr ein als erniedrigend empfundener, mit der menschlichen Würde unvereinbarer Zustand der Verelendung drohe. Die zur Verfügung stehenden Rückkehrhilfen ermöglichten dieser Gruppe von Rückkehrern jedenfalls für die Dauer eines Jahres ein Leben am Rande des Existenzminimums in Afghanistan.⁵

Auf die Inanspruchnahme von Rückkehrhilfen, die im Falle einer freiwilligen Rückkehr möglich seien, müsse sich dabei auch derjenige verweisen lassen, der eine freiwillige Ausreise nicht in Betracht ziehe, sondern abgeschoben werde.⁶

Das Verwaltungsgericht legt sodann in der Entscheidung im Einzelnen detailliert dar, dass die allgemeinen Lebenshaltungskosten einschließlich Wohnraummiete für Rückkehrer, selbst wenn sie im ersten Jahr keinerlei Einkünfte durch eine Arbeit als Tagelöhner erzielen könnten oder keine Anstellung finden sollten, aus den Rückkehrhilfen bestritten werden könnten.⁷

Nicht erforderlich sei im Übrigen, dass Rückkehrer sich dauerhaft durch eigene Arbeit ein Existenzminimum erwirtschafteten.⁸ Ein so verstandener Anspruch auf nachhaltige oder gar dauerhafte Existenzsicherung lasse sich den geltenden rechtlichen Regelungen nicht entnehmen.

Eine auch für das VG Freiburg „offene Frage“ ist allerdings, inwieweit Behörden und Gerichte darüber hinaus zu berücksichtigen haben, welche Umstände über den Prognosezeitraum hinaus existenzsichernd wirken werden. Das Verwaltungsgericht hält es insoweit jedenfalls für angezeigt, sich über den Jahreszeitraum hinaus zu vergewissern, ob ein Leben des Ausländers

⁵ VG Freiburg, a.a.O., Rd.Nr. 57.

⁶ BVerwG, Urteil vom 15.04.1997 - 9 C 38.96 - juris, Rn. 27; VGH Baden-Württemberg, Urteil vom 17.12.2020 - A 11 S 2042/20 - juris, Rn. 110.

⁷ VG Freiburg, a.a.O., Rd.Nrn. 75 ff.

⁸ So aber wohl: BVerfG [Kammer], Beschluss vom 09.02.2021 - 2 BvQ 8/21 - juris, Rn. 8.

am Rande des Existenzminimums danach unwahrscheinlich oder gar ausgeschlossen ist („nachlaufende Betrachtung“). Ein Fall, bei welchem das Überleben ohne wesentliche gesundheitliche Beeinträchtigung – etwa durch Rückkehrhilfen oder entsprechende individuelle Zusagen des Herkunftsstaates – „gerade so“ für die Dauer eines Jahres gesichert werde, um sodann alsbald danach mit hinreichender Gewissheit in einen Art. 3 EMRK widersprechenden Zustand umzuschlagen sei nicht hinnehmbar. In diesem Zusammenhang sieht das VG Freiburg insbesondere für rückkehrende Familien die hohen Anforderungen eines Abschiebeverbots nach § 60 Abs. 5 AufenthG in Verbindung mit Art. 3 EMRK angesichts der Folgen der COVID-19-Pandemie regelmäßig als erfüllt an. Dagegen spreche hinsichtlich der Gruppe leistungsfähiger, erwachsener Männer ohne Unterhaltsverpflichtungen, die derzeit über kein tragfähiges soziales oder familiäres Netzwerk verfügten, Überwiegendes dafür, dass es ihnen innerhalb eines Jahres möglich sein werde, sich ein gewisses soziales Netzwerk aufzubauen, das es ihnen ermögliche, in zunehmendem Maße Erwerbseinkommen zu erzielen.⁹

Ergänzend stellt das Verwaltungsgericht fest, dass sich auch kein Abschiebungsverbot nach § 60 Abs. 7 Satz 1 AufenthG mit dem allgemeinen Risiko begründen lässt, bei Rückkehr nach Afghanistan alsbald an dem SARS-CoV-2-Virus zu erkranken und infolge fehlender Behandlungsmöglichkeiten daran zu sterben. Dies setze eine „hohe“ Wahrscheinlichkeit voraus, in unmittelbarerem Zusammenhang mit der Einreise nach Afghanistan an COVID-19 zu erkranken, einen schweren Krankheitsverlauf zu erleiden und infolgedessen – auch wegen fehlender Behandlungsmöglichkeiten – mit ebenfalls hoher Wahrscheinlichkeit in eine existenzielle Gesundheitsgefahr zu geraten.¹⁰ Diese Voraussetzungen seien nicht regelhaft gegeben.

Das Urteil des VG Freiburg ist seit dem 13.04.2021 rechtskräftig.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge teilt grundsätzlich die Rechtsauffassung des VG Freiburg. Ist nicht bereits höherwertiger Schutz zu gewähren, wird der möglichen Existenzsicherung für Rückkehrende nach Afghanistan regelmäßig sowohl im Verfahren beim Bundesamt als auch in gerichtlichen Verfahren eine entscheidende Bedeutung bei der Prüfung von Abschiebungsschutz zukommen. Im Fokus stehen dann insbesondere die Fragen des nötigen Zurechnungszusammenhangs und der eröffneten Chancen zur nachhaltigen Existenzsicherung auf Grundlage der vorhandenen Rückkehrhilfen. Auf die Möglichkeit der Inanspruchnahme von Rückkehrhilfen sollten Antragsteller daher schon frühzeitig hingewiesen werden.

Dag Naundorf, 61A und Wolfgang Heindel, 61D

⁹ VG Freiburg, a.a.O., Rd.Nrn. 80 ff.

¹⁰ VG Freiburg, a.a.O., Rd.Nrn. 102 f.

Folgeanträge von syrischen Wehrdienstverweigerern: keine Änderung der Sach- und Rechtslage durch EuGH-Entscheidung

Aufgrund der vom Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) mit Urteil vom 19. November 2020 (C - 238/19) zugunsten syrischer Militärdienstverweigerer aufgestellten starken Vermutung, dass eine Ahndung dieses Verhaltens mit einem Verfolgungsgrund verknüpft sei, haben zahlreiche Antragsteller, denen bislang nicht die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt werden konnte, einen Folgeantrag gestellt.

Erste Klagen gegen die Ablehnung solcher Folgeanträge als unzulässig durch das Bundesamt blieben bereits erfolglos.¹¹ Die als Wiederaufgreifungsgrund geltend gemachte Entscheidung des EuGH führe grundsätzlich nicht zu einer Änderung der Sach- oder Rechtslage im Sinne des § 71 Abs. 1 Satz 1 AsylG in Verbindung mit § 51 Abs. 1 Nr.1 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG).

Eine Sachlageänderung liege nach Urteil des EuGH vom 19. November 2020 nicht vor, da diese voraussetze, dass Tatsachen, die im Zeitpunkt des Erlasses des früheren Bescheids vorlagen und für die behördliche Entscheidung objektiv bedeutsam waren, nachträglich wegfallen oder dass neue, für die Entscheidung erhebliche Tatsachen eintreten. Genau diese Sachverhaltsänderung liege jedoch nicht vor, da schon nach der bereits im Erstverfahren vorliegenden Erkenntnislage für syrische Männer im Alter zwischen 18 und 42 Jahren eine Pflicht zum Militärdienst bestanden habe.¹²

Der EuGH habe in oben genannter Entscheidung zwar hinsichtlich der Vorlagefrage eines syrischen Staatsangehörigen die Vermutungsregel aufgestellt, dass die Verfolgungshandlung der Strafverfolgung wegen der Verweigerung des Militärdienstes in Art. 9 Abs. 2 lit. e) der Richtlinie 2011/95 EU im Zusammenhang mit einem der fünf in Art. 10 der Richtlinie 2011/95 EU genannten Gründe stehe. Der EuGH habe hingegen mit dieser Entscheidung keine (neue) Feststellung zur Sachlage in Syrien getroffen, sondern vielmehr nur die Auslegung unionsrechtlicher Normen, hier der Richtlinie 2011/95/EU, bestimmt.

Weiter besteht, in Übereinstimmung mit der ständigen Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes¹³, unter den entscheidenden Gerichten Konsens soweit auch keine Rechtslageänderung angenommen wurde. Diese wiederum erfordere eine Änderung des mate-

¹¹ vgl. OVG Nordrhein-Westfalen, Urt. vom 12. April 2021 - 14 A 818/19.A; VG Berlin, Urt. vom 10. März 2021 - VG 23 K 314.19 A und VG Stuttgart, Urt. vom 04. März 2021 - A 7 K 244/19

¹² Vgl. Urteil des VG Stuttgart vom 23. Januar 2018 - A 10 K 5494/16. Er.

¹³ BVerwG, Beschluss vom 12.11.2020, 2 B 1.20 m.w.N.

riellen Rechts, welcher eine allgemeinverbindliche Außenwirkung zukomme¹⁴. Der EuGH habe jedoch im oben genannten Urteil lediglich eine deklaratorische Auslegung der Richtlinie 2011/95/EU getroffen. Das materielle Recht der §§ 3 ff. AsylG sei unverändert geblieben. Zudem treffe der EuGH selbst, eigenem Verständnis zufolge, grundsätzlich Urteile rein deklaratorischer und nicht konstitutioneller Natur¹⁵.

Anderes könne nur dann gelten, wenn das Urteil des EuGH die Unvereinbarkeit einer nationalen Regelung mit Unionsrecht festgestellt habe, die auch für die dem Folgeantrag zugrundeliegende Entscheidung entscheidungserheblich gewesen sei, sich die Unionsrechtswidrigkeit der Erstentscheidung also unmittelbar aus dem Urteil ergebe. Hieraus könnten sich neue Umstände oder Erkenntnisse im Sinne des Art. 33 Abs. 2 Buchst. d der Richtlinie 2013/21/EU ergeben. Davon könne bezüglich des Urteils des EuGH zur Militärdienstverweigerung vom 19. November 2020 keine Rede sein¹⁶. Diese Entscheidung führe damit nicht zu einer Unionsrechtswidrigkeit oder Unanwendbarkeit der deutschen Umsetzungsnorm.

Den Einwand der Kläger, dass der angefochtene Bescheid bereits aus verfahrensrechtlichen Gründen rechtswidrig sei, weil keine mündliche Anhörung stattgefunden hat, wies das Obergericht (OVG) Nordrhein-Westfalen als präkludiert zurück und stellte insoweit fest, dass die nationalen Regelungen für die erste Prüfung im Sinne der Richtlinie 2013/32/EU unionsrechtlich nicht zu beanstanden seien. Art. 40 Richtlinie 2013/32/EU lege insoweit fest, die (erste) Prüfung, ob ein weiterer Asylantrag beachtlich sei, auf Grundlage schriftlicher Angaben und ohne persönliche Anhörung getroffen werden. Das OVG stellt ausdrücklich dar, dass die unionsrechtlichen Richtlinien keine abschließenden Regelungen enthalten, die es dem nationalen Gesetzgeber erlauben würden, den Rahmen und die Mittel auszufüllen; Darlegungsfristen sind hierzu ebenfalls geeignet¹⁷.

Diese gerichtliche Sicht steht im Einklang mit der einhelligen Rechtsprechungs- und Kommentarlage, wonach eine Vorabentscheidung des EuGH grundsätzlich keine Änderung im Sinne des § 71 Abs. 1 Satz 1 1. Halbsatz AsylG in Verbindung mit § 51 Abs. 1 Nr. 1 VwVfG darstellt.

Die Rechtsauffassung und Entscheidungspraxis des Bundesamtes bei Folgeanträgen syrischer Staatsangehöriger, die sich auf Wehrdienstentzug und die Entscheidung des EuGH vom 19. November 2020 berufen, findet somit auch fachgerichtliche Bestätigung.

Nina Pokahr, 61E

¹⁴ BVerwG, Beschluss vom 29. 3.1999 – 1 DB 7.97 -, BVerwGE 113, 322 (325).

¹⁵ Vgl. BVerwG, Urteil vom 22. Oktober 2009, 1 C 26.08 -, unter Hinweis auf EuGH, Urteil vom 12. Februar 2008 – C 2/06 -, Rn.35.

¹⁶ OVG NRW, a.a.O. Seite 16.

¹⁷ OVG NRW, a.a.O. Seite 7 ff., a.A. Funke-Kaiser, GK-AsylG, Loseblattsammlung (03/2021), § 71, Rn. 284; Marx, AsylG (10. Aufl.), § 71 (85))

VG Bremen: Flüchtlings-schutz bei ehemaliger FLEC-Mitgliedschaft in Angola

Mit dem Urteil vom 1. März 2021 entschied das Verwaltungsgericht (VG) der Freien Hansestadt Bremen (Az. 2 K 2042/17), dass bei einem ehemaligen Mitglied der „Front für die Befreiung der Exklave von Cabinda“ (FLEC) Anspruch auf Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft besteht. Der Antragsteller, ein angolanischer Staatsbürger, sei ein Fürsprecher der Unabhängigkeit Cabindas. Dafür habe er sich politisch eingesetzt und eine Interessengruppe mit anderen Anhängern gegründet, welche vor allem die Jugend über die Hintergründe des Unabhängigkeitskampfes aufklären sollte. Für die Eigenständigkeit Cabindas habe der Antragsteller sich auch bei militärischen Einsätzen der separatistischen Bewegung FLEC engagiert. Nachdem er Opfer einer Entführung geworden sei, sich aber hat befreien können, verließ er sein Heimatland.¹⁸

Bei Cabinda, eine von 18 angolanischen Provinzen, handelt es sich um eine Exklave die durch die Demokratische Republik Kongo räumlich von Angola getrennt wird. Die Provinz kämpft schon lange für ihre Unabhängigkeit, was immer wieder zu Konflikten zwischen der angolanischen Regierung und separatistischen Gruppen führt. Eine dieser Gruppen, die sich für die Unabhängigkeit der Provinz einsetzt, ist die FLEC. Von großer Bedeutung ist die Region vor allem, weil der Großteil des angolanischen Rohöls vor der Küste Cabindas gefördert wird und Angola dadurch zu den größten Öl-Exporteuren Afrikas zählt.

Im Jahr 2006 wurde zwar ein Abkommen mit dem Ziel eines Waffenstillstands von der Regierung Angolas und den Separatisten unterschrieben, die im Exil lebende Führung der FLEC stimmt diesem jedoch nicht zu. Zwar behauptet die Regierung in der Hauptstadt Luan-da, dass der Krieg in Cabinda beendet sei, aber Angriffe und Drohungen durch die FLEC zeigen Gegenteiliges, so beispielsweise bei einem Anschlag auf die togolische Nationalmannschaft während des Afrika-Cups 2010, wo drei Personen ums Leben kamen und viele verletzt wurden. Infolgedessen nahmen auch Repressionen seitens der Regierung zu.¹⁹

Zur aktuellen Situation von FLEC-Mitgliedern in Cabinda hat das Gericht bei mehreren Stellen Auskünfte eingeholt. Den vorliegenden Erkenntnisquellen nach betrachtet die angolanische Regierung die FLEC als terroristische Vereinigung. Nachdem trotz des unterschriebenen Friedensvertrags immer wieder Angriffe verübt wurden, reagierte die Regierung mit stärkeren Repressionen. Es gab Berichte zu Menschenrechtsver-

¹⁸ Vgl. VG Bremen, Urteil vom 01.03.2021, 2 K 2042/17

¹⁹ Vgl. Zeit online, <https://blog.zeit.de/kongo/2010/01/09/wo-bitte-liegt-cabinda/> (abgerufen am 07.04.2021)

letzungen gegenüber Mitgliedern und Beteiligten der FLEC. Die Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Cabinda sowie die politische Aktivität wird staatlich überwacht und sanktioniert, willkürliche Verhaftungen und Folter finden statt. Folglich würde dem Antragsteller aufgrund seiner ehemaligen FLEC-Mitgliedschaft und dem separatistischen Engagement nach einer Rückkehr ins Heimatland mit großer Wahrscheinlichkeit die Verhaftung durch Sicherheitskräfte, unmenschlicher Umgang und ein ungerechtes Strafverfahren drohen.

Da der Antragsteller einfacher Soldat war, liegen keine Ausschlussgründe gemäß § 3 Abs. 2 AsylG vor. Hinweise auf Verbrechen oder Straftaten im Sinne der genannten Norm sind ebenfalls nicht ersichtlich. Im vorliegenden Fall sieht das Gericht eine relevante Verfolgungsgefahr für den Antragsteller bei einer Heimkehr nach Angola und entschied, dass das ehemalige FLEC-Mitglied einen Anspruch auf die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft im Sinne § 3 AsylG hat.²⁰

Jessica Mogavero, 62E

EU-Partnerbehörde: Zypern – Im Fokus neuer Migrationsströme

In der Republik Zypern bearbeitet der Asyldienst (Asylum Service) beim zyprischen Innenministerium Anträge auf internationalen Schutz. Im Jahr 2020 registrierte die Behörde 7.049 Asylerstantragstellungen. Lediglich 155 Personen erhielten dabei Flüchtlingsschutz und 1.544 den subsidiären Schutz. Das entspricht einer Anerkennungsquote von 27,2 Prozent. Die meisten Asylantragstellenden kamen aus Syrien (1.739) sowie Indien (1.112), gefolgt von Kamerun (632), Bangladesch (566) und Pakistan (490). Die höchste Anerkennungsquote beim Flüchtlingsschutz wiesen Antragstellende aus Kamerun aus (17,39 Prozent), während 98,45 Prozent der Syrerinnen und Syrer subsidiären Schutz erhielten.²¹

Die Republik Zypern verzeichnete in den letzten Jahren einen deutlichen Anstieg von Asylsuchenden, weswegen die zyprische Regierung bei der Europäischen Union (EU) mehrmals um Unterstützung bat. Laut dem zyprischen Präsidenten Nikos Anastasiadis sind mehr als 3,5 Prozent der Bevölkerung Geflüchtete.²² Durch die geografische Lage des Inselstaates im östlichen Mittelmeer wird der Seeweg direkt aus Syrien und dem Libanon immer häufiger genutzt, was insbesondere an mangelnden Alternativrouten liegen dürfte.

20 Vgl. VG Bremen, Urteil vom 01.03.2021, 2 K 2042/17

21 Vgl. European Council on Refugees and Exiles (ECRE): AIDA-Country-Report: Cyprus, aktualisiert 2020, S. 7. In: https://asylumineurope.org/wp-content/uploads/2021/04/AIDA-CY_2020update.pdf (Abruf am 20.02.2020)

22 Vgl. Greenpeace Magazin: Erneut zahlreiche Migranten vor Zypern aufgegriffen. In:

<https://www.greenpeace-magazin.de/ticker/erneut-zahlreiche-migranten-vor-zypern-aufgegriffen> (Abruf am 20.02.2020)

Durch das EU-Türkei Abkommen ist der Weg über das türkische Festland versperrt und auch die sogenannte Balkanroute ist faktisch dicht. Um den wachsenden Antragszahlen zu begegnen beschloss der Ministerrat Anfang 2020 einen Aktionsplan, der die Entscheidung über Asylanträge beschleunigen soll. So wurden unter anderem 69 neue Entscheiderinnen und Entscheider eingestellt und 21 sichere Herkunftsländer²³ ausgewiesen, deren Anträge innerhalb von zehn Tagen entschieden werden sollten. Zum Jahresende 2020 trugen die Maßnahmen jedoch wenig Früchte.

Während Ende 2019 17.171 Asylanträge nicht entschieden waren, lag die Zahl Ende 2020 bei 19.660 Anträgen. Auch das Konzept der sicheren Herkunftstaaten erwies sich im ersten Jahr nicht so effektiv wie erhofft. Keine einzige Entscheidung innerhalb von den angepeilten zehn Tagen konnte dokumentiert werden.²⁴ Die Auswirkungen des Aktionsplans sind jedoch in den nächsten Jahren abzuwarten. Unstreitig ist jedoch, dass Zypern auch weiterhin steigende Asylantragszahlen verzeichnen wird.

Kritik an Push-Backs

Kritik ernteten die zyprischen Behörden aufgrund des erstmaligen Einsatzes von Push-Backs. Im März 2020 wurde ein Boot mit 175 syrischen Flüchtlingen aus der Türkei zurückgedrängt. Das Boot wurde vor Erreichen der zyprischen Küste ausfindig gemacht, bewaffnete Offizielle warfen sämtliche Mobiltelefone der Flüchtlinge über Bord und wiesen die Insassen an die zyprischen Hoheitsgewässer Richtung Syrien zu verlassen. Das Boot kam später doch an einer schwach kontrollierten Stelle in Zypern an. Die Flüchtlinge wurden nach ein paar Tagen in die Türkei überstellt.²⁵ Weitere Push-Backs von syrischen Flüchtlingen aus der Türkei fanden im Juni und Juli 2020 statt. Seit August letzten Jahres versuchten immer wieder Flüchtlinge aus dem Libanon Zypern über Wasser zu erreichen. Insgesamt neun Boote mit 202 Personen erreichten das zyprische Festland. Weitere sechs Boote mit insgesamt 243 Insassen wurden hingegen von der Küstenwache zurückgedrängt und kamen wieder im Libanon an.²⁶

Auf Druck der zyprischen Nichtregierungsorganisation KISA forderte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte Informationen von der zyprischen Regierung zu dieser Praxis.²⁷

23 Diese sind: Albanien, Montenegro, Serbien, Nordmazedonien, Bosnien-Herzegowina, Georgien, Ghana, Indien, Bangladesch, Pakistan, Sri Lanka, Vietnam, die Philippinen, Marokko, Algerien, Tunesien, Senegal, Gambia, Ägypten und Nigeria. Vgl. Ministerial Decision on Safe Countries. In: http://www.cylaw.org/KDP/data/2020_1_198.pdf (Abruf am 20.02.2020)

24 Vgl. European Council on Refugees and Exiles (ECRE): ebd, S. 11

25 Vgl. Aljazeera, 'Cyprus pushes Syrian refugees back at sea due to coronavirus' 30 March 2020. In: <https://bit.ly/3rJ1mRr> (Abruf am 20.02.2020)

26 Vgl. ECRE, Cyprus: devastating conditions push people from Lebanon to hostile Cyprus, 25 September 2020. In: <https://bit.ly/3rv1Ppy> (Abruf am 20.02.2020)

27 Correspondence from the European Court of Human Rights regarding Application no.39090/20 M.A. and Others v. Cyprus and a request for interim measures, September 2020. In: <https://bit.ly/37gq16X> (Abruf am 20.02.2020)

Anfang 2021 forderte die Menschenrechtskommissarin des Europarates, Dunja Mijatović, in einem Brief an den zypriotischen Innenminister eine unabhängige Untersuchung der Push-Backs von Personen, die möglicherweise internationalen Schutz benötigen, zu gewährleisten. Die Kommissarin rief die zypriotischen Behörden außerdem auf, Aufnahme- und Unterbringungsbedingungen zu schaffen, die im Einklang mit den geltenden Menschenrechtsstandards stehen und einen effektiven Zugang zum Asylverfahren zu gewährleisten.²⁸

Andreas Emcev, 62E

Neuerwerbungen der Bibliothek

Büchler, Tina u.a.: Gendersensible Unterbringung von Frauen aus dem Asylbereich : zur Situation in den Kantonen. In: Asyl : Schweizerische Zeitschrift für Asylrecht und -praxis. - 35 (2020), Heft 4 : Istanbul-Konvention und die Schweiz, Seite 30-34

Fernández-Rojo, David: EU migration agencies : the operation and cooperation of FRONTEX, EASO and EUROPOL. - Cheltenham, UK ; Northampton, MA, USA : Edward Elgar Publishing, [2021]. - xv, 254 Seiten: Illustrationen. ISBN 978-1-83910-933-1

Hailbronner, Kay: Asyl- und Ausländerrecht / von Kay Hailbronner - 5., überarbeitete Auflage. - Stuttgart : Verlag W. Kohlhammer, 2021. - 1 Online-Ressource (XX, 591 Seiten). ISBN 978-3-17-039705-7

Harbou, Frederik von u.a.: Einwanderungsrecht : das Recht der Arbeits- und Bildungsmigration. - 2. Auflage 2020. - München : C.H.Beck, 2020. - XXI, 370 Seiten. - ISBN 978-3-406-74906-3

Jimenez Dávila, Heide: Bedürfnisgerechte Unterbringung in den Bundesasylzentren : Entwicklungen am Beispiel von Frauen und unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden. In: Asyl : Schweizerische Zeitschrift für Asylrecht und -praxis. - 35 (2020), Heft 4 : Istanbul-Konvention und die Schweiz, Seite 3-9

Klaus, Sebastian: Einreisebeschränkungen in der COVID-19-Pandemie : die weniger gefährlichen Fachkräfte aus Risikoländern und andere Sonderlichkeiten. In: Informationsbrief Ausländerrecht : InfAuslR. - 43 (2021), Heft 1, Seite 1-5

Löffler, Berthold: Flucht nach Deutschland : wie Migration Politik und Gesellschaft verändert. - 1. Auflage. - Stuttgart : Verlag W. Kohlhammer, 2020. - 214 Seiten. - ISBN 978-3-17-032377-3

Riedler, Anna Caroline: Rechtsfragen der Duldung gemäß § 46a FPG / Anna Caroline Riedler. In: Migralex : Zeitschrift für Fremden- u. Minderheitenrecht. - 18 (2020), Heft 3, Seite 71-81

Uranüs, Sibel: Die Prüfung der „Wegfall der Umstände“ - Klausel aus Sicht des Internationalen Flüchtlingsrechts / Sibel Uranüs. In: Migralex : Zeitschrift für Fremden- u. Minderheitenrecht. - 18 (2020), Heft 3, Seite 66-70

Demnächst lesen Sie:

- Aus der Anhörung
- Aus der Rechtsprechung
- EU-Partnerbehörden

²⁸ Vgl. Council of Europe, Commissioner of Human Rights, Letter to the Minister of Interior of Cyprus Available at: <https://bit.ly/3mmJiuE> (Abruf am 20.02.2020)

Impressum

Herausgeber

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
90461 Nürnberg

Stand

04/2021

Druck

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Gestaltung

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Bildnachweis


iStockphoto

Bestellmöglichkeit

Referat Informationsvermittlung/Länder- und Rechstdokumentation,
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg
E-Mail: [informationsvermittlungsstelle\(at\)bamf.bund.de](mailto:informationsvermittlungsstelle(at)bamf.bund.de) <https://milo.bamf.de> .
Sie können diese Publikation auch als barrierefreies PDF-Dokument herunterladen
unter: www.bamf.de/publikationen

Die Publikation wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags-, und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Besuchen Sie uns auf

 www.facebook.com/bamf.socialmedia

 [@BAMF_Dialog](https://twitter.com/BAMF_Dialog)

www.bamf.de

